

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

»Wirtschaftlichkeit nicht alles«

Soziale Dienstleistungen sollten nach Einschätzung des Hauptgeschäftsführers des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Ulrich Schneider, nicht länger so stark nach ihrer Wirtschaftlichkeit beurteilt werden. Es sei dringend an der Zeit, nach dem Ökonomisierungsschub in der Sozialen Arbeit wieder das Pendel zurechtzurücken, sagte er bei der letztjährigen ConSozial in Nürnberg. Stattdessen sollten sich Wohlfahrtsverbände wieder auf traditionelle Wurzeln und Werte besinnen. Von Kranken- und Pflegekassen forderte Schneider mehr Vertrauen bei Abrechnungen, um Menschen angemessen helfen zu können. Die Fachmesse und der Kongress am 6. und 7. November 2013 verzeichneten mit 5.124 Besuchern einen neuen Rekord.

www.consozial.de

Diakonie fordert Anerkennungskultur für Migranten

Die Diakonie erwartet von der neuen Bundesregierung, dass sie die Ausgestaltung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für zugewanderte Menschen in Deutschland zur Chefsache macht. Integration dürfe nicht länger unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr und Sicherheit behandelt werden. Leitgedanke der Integrationspolitik müsse die soziale Teilhabe sein. Vorrangiges Ziel sei es, Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu Arbeit und Bildung zu erleichtern. Zu den integrationspolitischen Maßnahmen gehören derzeit Integrationskurse, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und gemeinwesenorientierte Projekte. Die Diakonie erwartet von der neuen Regierung, dass besonders die Migrationsberatung deutlich ausgebaut wird. Die Zuwanderungszahlen steigen und die Erwartungen an die Beratung sind hoch.

www.diakonie.de

Betreuer entwickeln Standards für Vormundschaften

Den Schutz der Kinder verbessern: Mit diesem Ziel wurde 2011 das Vormundschafts- und Betreuungsrecht geändert. Seitdem gilt: Ein Vormund soll einmal im Monat Kontakt zu seinem Mündel halten und darf höchstens 50 Kinder gleichzeitig betreuen. Seither stellen sich viele Gemeinden und Städte die Frage, von wem die rund 70.000 Pflege- und Vormundschaften in Deutschland geführt werden sollen. Etliche Jugendämter haben die eigene Personaldecke verstärkt, andere greifen auf freie Anbieter zurück. Hierzu zählen auch Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer. Als Orientierung für seine Mitglieder hat der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. nun Qualitätskriterien für Vormundschaften über Kinder entwickelt. Die Qualitätsrichtlinien stehen auf der Website der Organisation zum Herunterladen zur Verfügung. www.bdb-ev.de

Anforderungen an das Entlassungsmanagement formuliert

Entlassungsmanagement hat als Versorgungsaufgabe der Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Gründe dafür sind unter anderem die Erkenntnis, dass der medizinische Behandlungserfolg in der stationären Akutversorgung und Rehabilitation durch Reibungsverluste an Schnittstellen sowie Problemen bei nicht gelingender Organisation der Anschlussversorgung in Frage gestellt werden kann. Der Vorstand der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen hat deshalb ein Positionspapier zum Entlassungsmanagement durch Soziale Arbeit in Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken verabschiedet. Mit dem Positionspapier nimmt der Fachverband eine Einschätzung der aktuellen Diskussion um das Entlassungsmanagement vor und formuliert Anforderungen an

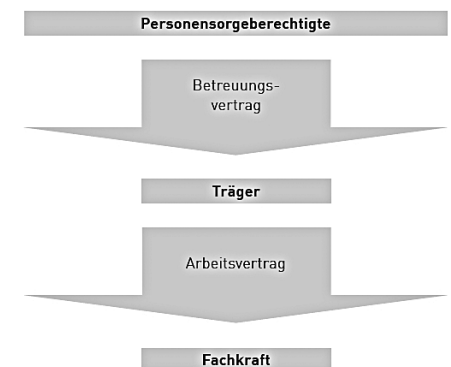
die Weiterentwicklung dieses Feldes aus der Perspektive der Sozialen Arbeit. Das 36-seitige Positionspapier steht auf der Website der Organisation zum Herunterladen zur Verfügung.

www.dvsg.org

Online-Antrag für Führungszeugnisse

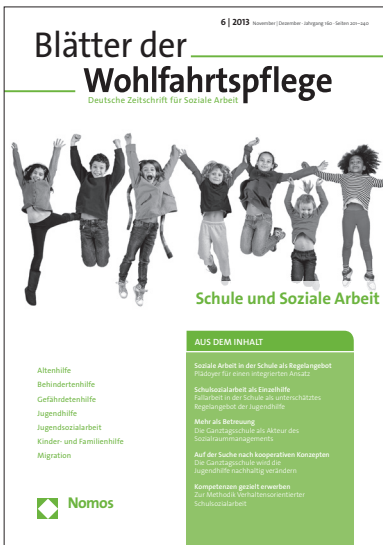
Bundestag und Bundesrat haben das Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes und anderer registerrechtlicher Vorschriften zum Zweck der Zulassung der elektronischen Antragstellung bei Erteilung einer Registerauskunft gebilligt. Das Gesetz sieht in einer neuen Bestimmung unter anderem die Möglichkeit einer elektronischen Beantragung von Führungszeugnissen vor (§ 30c BZRG). Danach kann jeder Mann sein Führungszeugnis online beantragen, die persönliche Beantragung beim Einwohnermeldeamt ist nicht mehr erforderlich. Voraussetzung für die elektronische Antragstellung ist, dass der Antrag über den Online-Zugang des Bundesamtes für Justiz gestellt wird und der Antragsteller den elektronischen Identitätsnachweis nach § 18 Personalausweisgesetz führt. Die elektronische Antragstellung ist voraussichtlich ab dem 1. August 2014 möglich.

Arbeitshilfe zur in Kitas



Die beiden nordrhein-westfälischen Landesjugendämter haben eine Broschüre zur Aufsichtspflicht für Tageseinrich-

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege



- Das Persönliche Budget**
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2006
- Engagement als Ressource**
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006
- Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft**
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007
- Stiftungen**
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007
- Beratung**
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007
- Krisendienste**
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007
- Schnittstellen der Jugendhilfe**
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007
- Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007
- Kindertagesstätten**
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008
- Jugendsozialarbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008
- Wohlfahrtsverbände**
Produktionsauftrag:
zivilgesellschaftlicher Mehrwert
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008
- Islam**
Kritische Kooperation erwünscht:
Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008
- Pflegeversicherung**
Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft:
Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008
- Corporate Citizenship**
Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie

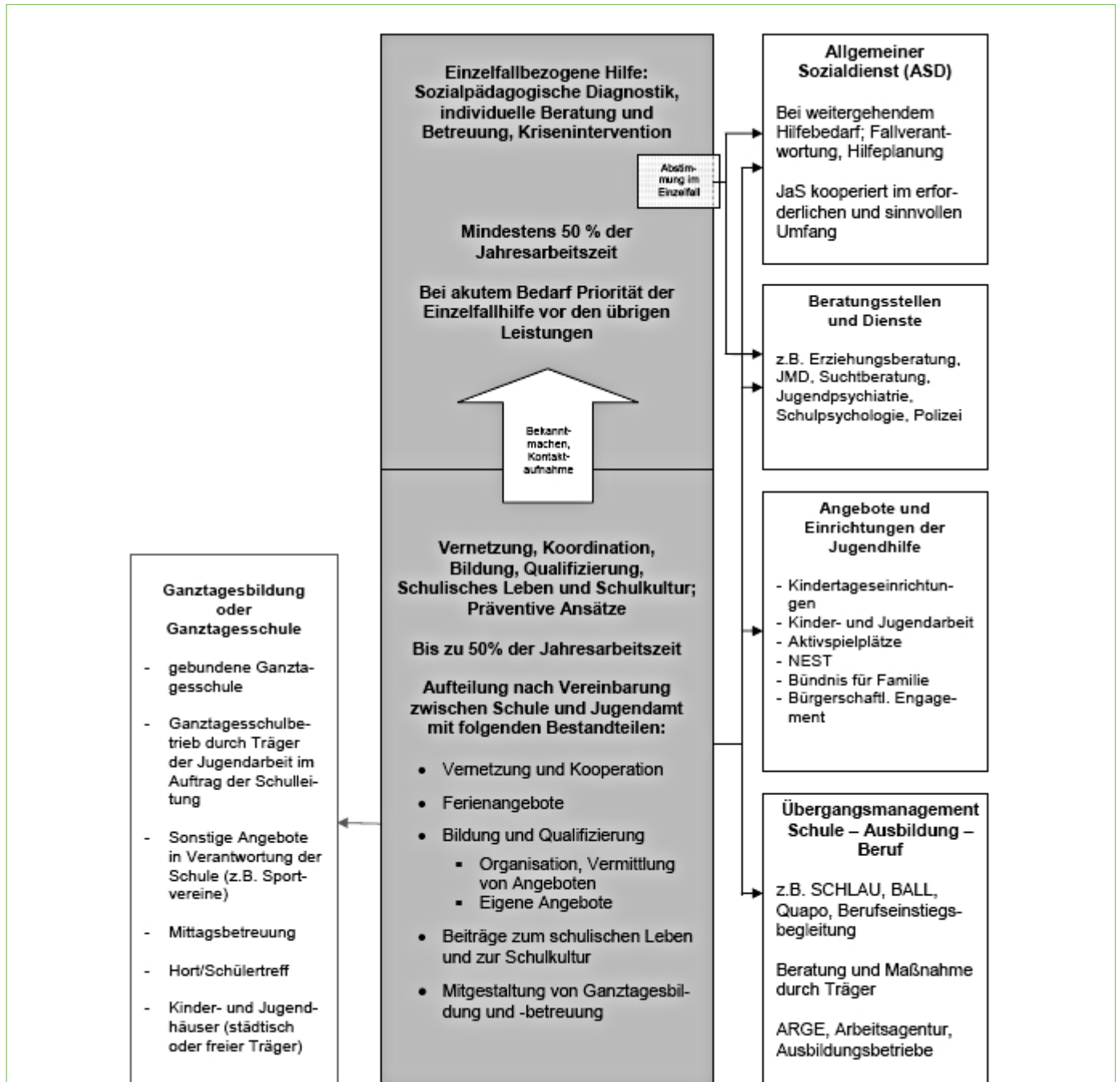
- man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008
- Aspekte kommunaler Versorgung**
Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009
- Forschung**
Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009
- Verbraucherschutz**
Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009
- Recht**
Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009
- Rechtsextremismus**
Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009
- Gesundheitsschutz**
Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009
- Ethik**
Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010
- Armutsberichterstattung**
Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010
- Beschäftigungsförderung**
Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehrten
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010
- Zentren und Netze der Kompetenz**
»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010
- Familienförderung und Kinderschutz**
Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010
- Corporate Governance**
Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010
- Care**
Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011
- Soziale Daseinsvorsorge**
Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als

- Koordinator lokaler Arrangements
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011
- Generalisierung vs. Spezialisierung**
Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011
- Quartiersmanagement**
Partizipation als Gewinn für alle
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011
- Innovationen**
Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011
- Neuer Wohlfahrtsmix**
So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011
- Person – Milieu – Sozialraum**
Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012
- Versorgung gestalten**
Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012
- Beratung in der Sozialen Arbeit**
Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012
- Lebensqualität**
Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012
- Steuerung in der Sozialen Arbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012
- Soziale Freiwilligendienste**
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012
- Pflege**
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013
- Wohnen in Bewegung**
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013
- Personal in der Sozialen Arbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013
- Orte früher Bildung**
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013
- Europäische Union**
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013
- Schule und Soziale Arbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013
- Der Jahresbezugspreis beträgt 79,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 41,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 18,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden.
- Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet <http://www.nomos.de>

tungen für Kinder herausgegeben. Das Thema wirft für Fachkräfte und Träger viele Fragen auf. Die Broschüre will bei deren Beantwortung helfen, denn die Aufsichtspflicht ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der für jede Situation neu zu bewerten ist. Deshalb sind juristisch gesehen Argumente und Begründungen

für das jeweilige erzieherische Verhalten von besonderer Bedeutung. Erarbeitet wurde die Arbeitshilfe von sozialpädagogischen und juristischen Fachkräften. Neben einer Vielzahl von Praxis- und Rechtsbeispielen aus dem Kita-Alltag lassen sich in einem Glossar besondere Fragestellungen nachschlagen, von Fahrten

aus dienstlichem Anlass mit dem privaten Auto bis zum Weglaufen von Kindern. Die 55-seitige Broschüre gibt es als PDF-Dokument im Internet kostenlos; gegen eine Schutzgebühr von fünf Euro kann sie auch als gedruckte Ausgabe bestellt werden (Monika.Druckhammer@lvr.de). www.lvr.de



Seit vier Jahren läuft in Nürnberg das Projekt »Jugendsozialarbeit an Schulen«, in dem rund 80 sozialpädagogische Fachkräfte beschäftigt sind. Sie sind vor Ort in den Schulen als verlässliche Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler tätig, beraten und unterstützen diese bei Krisensituationen und koordinieren Maßnahmen mit anderen Fachdiensten und Trägern. Ebenso gestalten sie das Schulleben mit und helfen dabei, gute Entwicklungsbedingungen für die Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die zuständige Abteilung im Nürnberger Jugendamt hat nach nun vier kompletten Schuljahren eine Bilanz gezogen und die wichtigsten praktischen Erfahrungen in einer Broschüre zusammengestellt.

www.nuernberg.de/imperia/md/jugendsozialarbeit/dokumente/allgemein/broschuere_jas_2013.pdf

»Der Nächste, bitte!«

Die Patientenbroschüre »Der Nächste, bitte!« informiert über Erkrankungen aller Art – und zwar in verständlichem Deutsch. Der Leitfaden ist von Medizinstudenten verfasst und richtet sich an Patienten, die wissen wollen, »was sie wirklich haben«. Die Broschüre gibt zudem hilfreiche Tipps rund um den Besuch beim Arzt. Der Leitfaden enthält darüber hinaus Links zu geprüften Gesundheitsinformationen im Internet, erklärt häufig verwendete Fachbegriffe, Laborwerte und Facharztbezeichnungen und gibt Aufschluss über die Inhalte eines Überweisungsscheins. Die Broschüre kostet in gedruckter Form 6,90 Euro, als Download 4,90 Euro. Die Veröffentlichung ist Teil des Projekts »Was hab´ ich?«, bei dem Medizinstudenten im Internet die Befunde von Arzt und Krankenhaus kostenlos in eine für Patienten leicht verständliche Sprache übersetzen. <https://washabich.de>

Wie man Beschwerdeverfahren einführt

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde im Zeitraum 2011/2012

eine bundesweite Studie zu den »Bedingungen der Implementierung von Beschwerdeverfahren in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe« durchgeführt. Ziel der Studie war es, ausgehend von den Erfahrungen und der Expertise der Praxis eine Handreichung mit Anregungen und Hilfestellungen für die Entwicklung, Gestaltung und Umsetzung einrichtungsinterner Beschwerdeverfahren in der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln. Die nun vorliegende Handreichung soll Verantwortliche, Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren darin unterstützen, Entwicklungsprozesse zu Beschwerdeverfahren vor dem jeweiligen strukturellen, konzeptionellen und regionalen Hintergrund der unterschiedlichen Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe zu begleiten und voranzubringen. www.strategiekarte.de/wp-content/uploads/2013/10/beschwerde.pdf

Stigmatisierung psychisch kranker Menschen weit verbreitet

Die Bundespsychotherapeutenkammer hat Arbeitnehmer davor gewarnt, Arbeitgeber vorschnell über eine psychische Erkrankung zu informieren. In

vielen Betrieben habe ein Arbeitnehmer, der seinen Vorgesetzten oder Kollegen über eine Depression oder Suchterkrankung berichtet, noch mit erheblichen Nachteilen zu rechnen. Die Einstellung gegenüber psychisch kranken Menschen habe sich in den letzten zwanzig Jahren nicht verbessert, stellt auch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde fest. Immer noch reagierten viele Menschen mit Angst und Zurückweisung, wenn sie mit psychischen Erkrankungen konfrontiert würden. Fast die Hälfte der Bevölkerung würde einen Menschen, der an Schizophrenie leidet, nicht ihren Freunden vorstellen. Die Angst vor Zurückweisung und Ausgrenzung sei für Menschen mit psychischen Erkrankungen auch heute noch oft eine enorme Belastung. Sie könne sich auch negativ auf den Krankheitsverlauf auswirken. www.bptk.de
www.dgppn.de

So geht Inklusion im Betrieb

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat den Praxisleitfaden »Zusammenarbeiten« zur Erstellung von Aktionsplänen für eine bessere In-

E-Mail aus Athen



Selbsthilfe im Zeichen der Krise

Giorgos Tochter Irini wurde im letzten Mai zwei Jahre alt. Als sehr umsichtiger Vater und in der Wolle gefärbter Hausmeister unterzog Giorgos den zum Feiern erwählten kleinen Spielplatz in der Nähe seiner kleinen Wohnung einige Wochen vor dem großen Tag einer genauen Prüfung. Dabei musste er entdecken, dass einige Bohlen des hölzernen Umlaufweges so lose waren, dass sie beim Betreten wie eine Wippe nach oben ausschlugen und ein Kind mit Leichtigkeit zu Fall bringen konnten.

Nachdem mehrere Anrufe bei der Kommune keine Hoffnung auf Instandsetzung nähren konnten, kaufte Giorgos das Reparaturmaterial auf eigene Kosten und begab sich eines Sonntagmorgens

früh zum Spielplatz. Da er für seine Geräte elektrischen Strom benötigte, bat er den Wächter eines in der Mitte stehenden kleinen Museums, eine Steckdose benutzen zu dürfen, wurde aber barsch zurückgewiesen: »Sie dürfen hier nicht einfach tätig werden.«

Als Giorgos dem Wächter drohte, ihn persönlich für eventuelle Unfälle während des Festes verantwortlich zu machen, gab dieser nach und Giorgos machte sich an die Arbeit. Die ersten Familien tauchten auf und begrüßten ihn: »Na endlich kommt einer von der Kommune! Das wurde aber auch Zeit!« Giorgos stellte sich als Privatperson vor. Daraufhin wandte man sich verächtlich von ihm ab; ob er verrückt sei, sich unter Einsatz eigenen Geldes und Zeit hier zu schaffen zu machen?

Inzwischen, so Giorgos, seien diese Zeiten aber vorbei. Keiner habe ihn mehr schief angesehen, als er vor ein paar Tagen auf einem anderen Spielplatz, den er für den nunmehr dritten Geburtstag seiner Tochter als Ort der Feier ausgewählt habe, die Nägel auf den Sitzbänken, denen einige Bretter fehlten, krumm geschlagen oder gezogen habe, bevor sie sich daran jemand hätten verletzen können. Tatsächlich scheint sich hierzulande die Selbstinitiative zu verbreiten. Beispielsweise erinnern sich manche Griechen auch der verwilderten Olivenhaine ihrer Großeltern auf dem Land und züchten neuerdings Schnecken oder Tomaten.

Hanna Meuß-Dold

Hanna Meuß-Dold lebt seit einem Jahr mit ihrem Mann, einem Diplomaten, und ihrer Tochter in Athen.

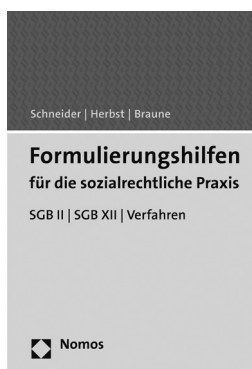
klusion im betrieblichen Alltag veröffentlicht. Die Broschüre richtet sich an Unternehmen, Institutionen und Organisationen. Neben Best-Practis-Beispielen enthält der Leitfaden auch Hintergrundinformationen, Mustermaßnahmen für Aktionspläne, Informationen zu Gesetzen und Fördermöglichkeiten, Tipps von Experten, Vorlagen und Mustertexte sowie eine Basispräsentation für Vorträge und Mitarbeiterveranstaltungen. Die 206-seitige Broschüre kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.

www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/la755-leitfaden-aktionsplaene.html

Software zum Ehrenamts-Management

Die Stiftung »Gute Tat« stellt eine Datenbank-Anwendung zur Verfügung, mit dem das Ehrenamts-Management von Non-Profit-Organisationen gestaltet werden kann. Damit das bürgerschaftliche Engagement für alle Beteiligten zu einem Gewinn wird, ist die optimale Organisation der Suche, Betreuung und des Einsatzes von Freiwilligen eine wichtige Aufgabe. Die Basisversion, geeignet bis zu 100 Ehrenamtliche und 100 Projekte, ist für gemeinnützige Organisationen kostenlos; eine »Profiversion« kostet ab 29,- Euro. <http://ehrenamtsmanager.gute-tat.de/webseiten/produkt.cfm>

Recht haben, Recht bekommen



Selbst gestandene Experten kommen manchmal an ihre Grenzen, wenn es um Verfahren der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und die Sozialhilfe (SGB XII) geht. Ein neues »Formularbuch« fasst die wichtigsten und auch die eher seltenen Varianten der Fallbearbeitung im Existenzsi-

Termine

Die Vereinsgeschäftsführung: Rechte, Pflichten und Gestaltungsspielräume. 18. März 2014 in Köln. www.bfs-service.de

Schöpfen aus Brüsseler Töpfen. Europäische Finanzierungsinstrumente für die Sozialwirtschaft 2014 bis 2020. 27. März 2014 in Frankfurt am Main. www.akademie.org

Münchner Symposion Frühförderung 2014. 28. und 29. März 2014 in München. www.fruehfoerderung-bayern.de

Beratung in der Sozialen Arbeit. Weiterbildung in drei Modulen. Beginn 2. bis 4. April 2014 in Berlin. www.deutscher-verein.de

Reporting und Marketing in sozialen Arbeitsfeldern. Strategien zeitgemäßer Öffentlichkeitsarbeit. 23. bis 25. April 2014 in Frankfurt am Main. www.fakd-dm.de

Kein Stress mit dem Stress! Lösungsorientiertes Stressmanagement und Mentaltraining. 6. Mai 2014 in Frankfurt am Main. Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V. www.awo-frankfurt.de/awo/Bildung/FWIA

Ressourcen im Sozialen Raum. Ansatzpunkte für das Fallmanagement. 6. und 7. Mai 2014. www.fortbildung.kvjs.de

Bundeskinderschutzgesetz und die Umsetzung der Qualitätsanforderungen in Einrichtungen. 9. Mai 2014 in Mainz. www.akademie.org

Aufgeheizte Stimmung abkühlen. Analyse von eskalierenden Situationen und Maßnahmen, um Situationen zu entspannen. 12. Mai 2014 in Stuttgart. www.wohlfahrtswerk.de

Jugendhilfe in Veränderung: Organisations- und Qualitätsentwicklung als Daueraufgabe. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik. 15. und 16. Mai 2014 in Berlin. www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Beurteilungs- und Beobachtungsfehler vermeiden: praktische Schritte und Handlungsempfehlungen. 22. Mai 2014 in Berlin. www.kbw.de

Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Sozialen Arbeit. 22. Mai 2014 in Berlin sowie 10. und 11. September 2014 in Hannover. www.akademie.awo.org

16. Werkstatt für Gemeinwesenarbeit. 2. bis 4. Juni 2014 in Eisenach. www.fakd-dm.de

Grundlagenseminar Sozialraumorientierte Arbeit. Ein praxisorientierter Einstiegskurs. 17. und 18. Juni 2014 in Essen. www.fakd-dm.de

Herausforderung: Gestaltung einer inklusiven Kultur. Entwicklung einer »Kultur der Inklusion« im Quartier und Sozialraum. 1. bis 4. Juli 2014 in Rothenburg. www.fakd-dm.de

Trajekt-Coaching. Ein strukturiertes und fokussierendes Coaching-Programm für Multi-Problem-Familien. 3. bis 5. September 2014 in Remagen-Rolandseck. www.akademie.awo.org

Die gutachtliche Stellungnahme in der Sozialen Arbeit. 9. und 10. September 2014 in Münster. www.fh-muenster.de/fb10

Update Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII). 10. September 2014 in Münster. www.fh-muenster.de/fb10

Gelassen statt gestresst. Training Emotionaler Kompetenzen (TEK) zur Stress- und Emotionsregulation. 22. bis 24. September 2014 in Mainz. www.kfh-mainz.de

Auf dem Weg zur Führungskraft. Basiskurs Führen und Leiten. Berufsbegleitende Zusatzqualifikation. Beginn 24. September 2014 in Frankfurt am Main. Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V. www.awo-frankfurt.de/awo/Bildung/FWIA

16. ConSozial. 5. und 6. November 2014 in Nürnberg. www.consozial.de

Vorschau 2015: 80. Deutscher Fürsorgetag. 16 bis 18. Juni 2015 in Leipzig. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de

cherungsrecht zusammen. Die Fülle an praktischen Schriftsatzmustern ist insbesondere für die Praxis der Sozialrechtsberatung zugeschnitten. Aus ihrer richterlichen Erfahrung heraus arbeiten die Autoren dabei Schritt für Schritt anhand realitätsnaher Lebenslagen unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts konkrete Arbeitshilfen aus. Ebenfalls dargestellt wird das Vorgehen für den immer häufigeren Fall, dass der Leistungsträger trotz berechtigter Ansprüche untätig bleibt.

Christian Schneider, Sebastian Herbst, Kathrin Braune: Formulierungshilfen für die sozialrechtliche Praxis. SGB II | SGB XII | Verfahren. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. 458 Seiten. 49,- Euro. ISBN 978-3-8487-0581-8.

Psychische Gefährdungsbeurteilung in der Praxis

Arbeitgeber sind verpflichtet, im Betrieb eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen (§ 5 Arbeitsschutzgesetz). Hierzu gehört auch die Untersuchung der psychischen Belastungen von Arbeitnehmern. Wie diese Bestimmung umgesetzt werden kann, erläutern neue Handlungsanleitungen des Instituts für Arbeit und Gesundheit der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Das Institut für Arbeit und Gesundheit hat zudem einen Report zur »Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen« erstellt, der kostenlos im Internet abgerufen werden kann. Zudem bietet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin auf ihrer Webseite mit einer »Toolbox zur Erfassung psychischer Belastungen« ein weiteres Instrument zur Früherkennung von seelischen Störungen an.

www.dguv.de

www.baua.de

Bauprojekte gesucht

Der Internationale Bauorden plant für 2014 etwa 50 Bauamps in Deutschland. Dafür werden noch Projekte und Partner gesucht; gedacht ist an Bau- und Renovierungsarbeiten für gemeinnützige und soziale Projekte.

www.bauorden.de

Kennzahlen

»Immer und immer wieder bitte ich: weniger Zahlen, dafür gescheitere.«

Wladimir Iljitsch Lenin, russischer Politiker (1870–1924)

18.620.442

Zahl der Menschen, die im Jahre 2012 in einem deutschen Krankenhaus stationär behandelt wurden

726

Zahl der Integrationsprojekte in Deutschland im Jahre 2012 (§§ 132 ff. SGB IX)

132.306

Zahl der Deutschen, die im Jahre 2011 im Ausland studiert haben

220.000

Zahl der »Konsumvorgänge« in den vier legalen Konsumräumen für drogenabhängige Menschen in Frankfurt am Main im Jahr 2012

342.640

Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII) in Deutschland (Stand 31. Dezember 2012)

516.769

Zahl junger Menschen in Deutschland, für die im Jahre 2012 eine Maßnahme der Hilfe zur Erziehung begonnen hat

7.249.273

Zahl der Menschen, die in Deutschland am Jahresende 2012 auf »soziale Mindestsicherungsleistungen« angewiesen waren (dazu zählen: Arbeitslosengeld II/Sozialgeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ohne einmalige Leistungen, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Leistungen der Kriegsopferfürsorge im Inland nach dem Bundesversorgungsgesetz)